



Mit den „WIDE-Updates“ bieten wir Einblicke in feministische Diskussionen zu „Gender & Development“ – Analysen und Positionen zu Geschlechtergleichstellung und für soziale Gerechtigkeit

WIDE-Update 2/2023

Frauen*rechte im digitalen Zeitalter

Digitalisierung bringt neue Herausforderungen für Geschlechtergerechtigkeit

Einleitung

„*Innovation, technologischer Wandel und Bildung im digitalen Zeitalter, um Geschlechtergleichstellung und das Empowerment aller Frauen und Mädchen zu erreichen*“ – mit diesem Titel war das Thema der UN-Frauenkonferenz 2023 umrissen.

Dabei wurde vor allem auf das Thema „Digitalisierung“ fokussiert. Hintergrund ist der rapide gesellschaftliche Wandel durch die Digitalisierung, mit dem Einsatz immer komplexerer Algorithmen und künstlicher Intelligenz in verschiedensten Bereichen, und zugleich großen (Gender-)Unterschieden im Zugang zur digitalen Welt.

Der Fokus dieses WIDE-Updates liegt auf sozialen Aspekten der Digitalisierung, wie der Frage, ob Ungleichheit mit dem digitalen Wandel weiter zunimmt, oder ob und inwiefern die Digitalisierung das Potenzial hat, Gender-Ungleichheiten zu verringern. Fest steht, dass sich die Arbeitswelt durch den Einsatz von Technologien wie digitalen Plattformen verändert.

Im ersten Abschnitt des Updates wird das Thema der UN-Frauenrechtekonferenz (CSW67) vorgestellt, vor allem mit Bezugnahme auf die Expert*innen- und NGO-Analysen, die im Vorfeld der Konferenz verfasst worden sind, sowie mit Blick auf die Abschlusserklärung zur Konferenz.

Im zweiten Abschnitt geht es um Fragen der Ungleichheit beim Zugang zur Digitalisierung im ländlichen Raum, aber auch um soziale Ungleichheit aufgrund von

Digitalisierungsprozessen im Bereich der Landnutzung und -verwaltung.

Ein weiteres Thema sind Arbeitsverhältnisse und Gender-Ungleichheit in der „Gig“-Ökonomie, die auf (digitalen) Plattformen basiert und mit der (schein-)selbständige prekäre Arbeitsformen einhergehen.

Passend zum Thema „Arbeitsmarkt“ wird ein Forschungsprojekt vorgestellt, an dem das europäische WIDE+-Netzwerk beteiligt ist, mit welchem vorurteilsbedingten Verzerrungen bei der automatisierten Auswahl von Job-Bewerber*innen entgegengearbeitet werden soll.

Last but not least ein Hinweis: IAFFE – der Internationale Verband für feministische Ökonomie widmet sich auf seiner Jahreskonferenz im Juli 2024 in Rom dem Thema „Digitalisierung und Demokratie in der Krise“ – ein interessanter Ort zur vertieften Auseinandersetzung.

Wir wünschen gute Lektüre!

Inhalt

- Einleitung 1
- Geschlechtergerechtigkeit, Bildung und Innovation im digitalen Zeitalter 2
- Digitalisierung im ländlichen Raum 4
- Gender-Ungleichheit in der Gig-Ökonomie 6
- Konferenz 9
- Glossar / Begriffserklärung 10

Geschlechtergerechtigkeit, Bildung und Innovation im digitalen Zeitalter

Frauen*rechte im digitalen Zeitalter

2022 haben weltweit gesehen 63% der Frauen* das Internet genutzt im Vergleich zu 69% der Männer*. In *Least Developed Countries* liegt der Anteil nur bei 20% der Frauen*. Der *Gap* zwischen den Geschlechtern und Ländern klappt auch beim Zugang zu technologischen Geräten auseinander. Fehlender Zugang zu Internet und Technologie bedeutet für die Betroffenen unter anderem einen Ausschluss von online verfügbaren öffentlichen Dienstleistungen, Fortbildungen, Informationen, E-Commerce und mobilen Gelddienstleistungen. Wie groß der *Digital Gap* in der Gruppe der Frauen* ist, hängt mit dem Wohnort (Stadt-Land-Gefälle), dem Bildungsstand, dem Einkommen und Alter der Frauen* und Mädchen* zusammen.

Die 67. UN-Frauenstatuskommission (*Commission on the Status of Women*, kurz CSW) war dem Thema Innovation und Technologie gewidmet und fand im März 2023 bei den Vereinten Nationen in New York statt.

Zentral für die inhaltliche Vorbereitung der Konferenz war ein Report, der von 45 weltweiten Vertreter*innen unter anderem aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Thinktanks in Auftrag von UN WOMEN erarbeitet wurde. Er widmet sich verschiedenen Aspekten des Themas und untersucht sie auf die (Un-)Gleichstellung der Geschlechter, wie unter anderem den Zugang zu Daten und Technologie, dem Gender Gap am wachsenden Arbeitsmarkt im Bereich Technologie und Innovation (nur 22% Frauen* arbeiten in dem Arbeitsfeld) sowie in der Ausbildung, Zugang zu online angebotener Bildung und Fortbildung, den Gender-Aspekten von künstlicher Intelligenz oder *Online Gender-Based Violence*. Die Studie enthält informative Forschungserkenntnisse und aktuelle Entwicklungen, wie die Zunahme von *Online Gender-Based Violence* (OGBV) während der Pandemie sowie die Zunahme von OGBV durch organisierte Gruppen wie Männer*rechtsaktivisten.

Jeder Teilaspekt des Themas wurde untersucht und mit zahlreichen Empfehlungen versehen.

Die informative Studie bietet auf rund 50 Seiten einen umfassenden Einblick in das Schwerpunktthema der CSW und hilfreiche Empfehlungen für gesellschaftspolitische Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen. (AK)

UN WOMEN (2022): [Innovation and Technological Change, and Education in the Digital Age for Achieving Gender Equality and the Empowerment of All Women and Girls. Findings and recommendations from the Expert Group Meeting on the priority theme \(10-13 October 2022\)](#)

Innovation und technologische Veränderung aus Sicht der globalen Zivilgesellschaft

Zur Vorbereitung der internationalen Frauenrechte-Konferenz 2023 hatte die *Advocacy & Research Group* der „NGO-CSW New York“-Gruppe einen Fragebogen an globale zivilgesellschaftliche Organisationen geschickt, um Daten zum Thema der CSW67 „Innovation und technologische Veränderung“ zu erhalten.

Die Rückmeldungen aus den Kontinenten und Regionen Afrika, Nordamerika und Europa, Arabische Staaten und MENA (Nahe Osten und Nordafrika), Südamerika und Karibik sowie Asien und Pazifik, die zu 87,4% von Frauen* kamen, lassen auf einen klaren Handlungsauftrag schließen:

Es besteht die Notwendigkeit einer umfassenden digitalen Bildung und des uneingeschränkten Zugangs zu dieser Bildung; der digitale Einfluss auf Frauen*rechte muss stärker fokussiert werden; der Zugang zur Technologie am Land sowie für ältere Personen und Menschen mit Behinderungen muss ausgeweitet werden; Übergriffe und Online-Mobbing müssen bekämpft werden; und es muss eine finanzielle Unterstützung für Frauen* und Mädchen* geben, um sich technische Geräte leisten zu können.

Die Ergebnisse der Studie zeigen auch, dass es eine große Kluft zwischen dem Zugang zu Technologie im Globalen Norden und im Globalen Süden gibt. Ein Blick in die sehr gut dargestellten Ergebnisse lohnt sich, um einen ersten Eindruck zu Frauen*rechten und „Innovation und technologische Veränderung“ zu bekommen. (CT)

NGO CSW New York (September 2022): [CSW67 Priority Theme Survey](#)

Digitales Empowerment

Die Vorbereitungstexte zur CSW 67 (UN-Frauenstatuskommission, März 2023) erkennen durchwegs positiv die Möglichkeiten an, durch digitale Technologien Einkommen zu erwerben, sei es in IT-Betrieben oder in selbständiger Arbeit. Auch in einem politisch-kulturellem Umfeld, in dem es Frauen* und Mädchen erschwert wird, das Haus zu verlassen, bietet eine digitale Ökonomie neue Erwerbsformen. Allerdings wird auch ein „digital gender divide (gap)“ beobachtet, den es zu schließen gelte.

Damit ist gemeint, dass Frauen* und Mädchen* im „digitalen Ökosystem“ unterrepräsentiert sind und weniger Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten haben. Die Fraunhofer Gesellschaft beschreibt den „Gesamtnutzen eines Digitalen Ökosystems“ aus der Kombination der digitalen, vermittelnden Plattform und einer großen Menge an Partner*innen, die zum gegenseitigen Nutzen am digitalen Ökosystem teilnehmen und durch ihre Interaktionen über die Plattform zu Netzwerkeffekten führen.

Hotelvermittlungsplattformen sind etwa ein Beispiel für ein digitales Ökosystem (vgl. Fraunhofer-IESE). Die Grüne Transition, e-Gesundheit und künstliche Intelligenz (KI) bieten neue Berufsfelder, die auch für Frauen* von Interesse sind. Der Zugang von Frauen* hierzu wird nicht nur als Menschenrecht und ökonomisches Empowerment gesehen, sondern auch als „smart business“.

Welcher Zugang (*access*) ist gemeint? Erwähnt wird vor allem der Zugang zu Mobiltelefonen, Finanzierung und Training zum Internetgebrauch, und zu sozialen Medien. Um diesen Zugang zu erhöhen, unterstützt UNIDO beispielsweise Programme für innovative Unternehmen, Digitalisierung für inklusive Bildung, gender-responsive Investitionen und Vernetzungsfähigkeiten (*skills*).

Neben dem Problem des ungleichen Zugangs zur digitalen Ökonomie führt Online-Belästigung und technologiegestützte Gewalt, insbesondere solche sexueller Natur, zu einer Barriere für Frauen* und Mädchen*, an der digitalen Ökonomie teilzunehmen. Somit trägt die digitale Transformation das Risiko wachsender geschlechtlicher Ungleichheit. Es wird an die Regierungen appelliert, Gesetze gegen diese Formen der

geschlechtsspezifischen Gewalt zu erlassen. (BH)

Fraunhofer IESE (o.J.): [Digitale Ökosysteme, Plattformen und Plattformökonomie](#)

UN WOMEN (2022): [Innovation and Technological Change, and Education in the Digital Age for Achieving Gender Equality and the Empowerment of All Women and Girls. Summaries of background papers, expert papers, and information papers](#)

Gendergerechte Datensammlung – technologische Möglichkeiten

Dass es eine sozial gerechte Perspektive auf das Sammeln von Daten braucht, um Gendergerechtigkeit voran zu treiben, zeigt die Studie von Lauren Klein und Brandeis Marshall für die CSW67. Wie im WIDE-Update zu [Gender-Indizes](#) aufgezeigt wird, haben gesammelte Daten auf verschiedenste Bereiche des Lebens, z.B. humanitäre Hilfe oder medizinische Versorgung, Auswirkungen.

Die Autor*innen argumentieren, dass Regierungen, Institutionen und Unternehmen bei ihren Datenerhebungen Intersektionalität nicht berücksichtigen und somit Personen, die besonders von Diskriminierungen betroffen sind, auch dadurch diskriminiert werden, dass ihre Lebensrealitäten nicht in den Daten widerspiegelt werden. Mit klaren Empfehlungen plädieren die Autor*innen für eine intersektionell ethische Forschung, um Gendergerechtigkeit in der Datensammlung voran zu treiben. Vorhandene Technologien können einen wichtigen Beitrag dazu leisten. (JG)

UN WOMEN (2022): [Innovation and Technological Change, and Education in the Digital Age for Achieving Gender Equality and the Empowerment of All Women and Girls. Summaries of background papers, expert papers, and information papers](#)

Südwind: Rohstoffausbeutung ist blinder Fleck der Digitalisierungsdebatte

Beim Bemühen um gendergerechte Digitalisierung müsse die Rolle von Frauen* in der Produktion von ICT-Hardware stärker in den Fokus rücken, sagte Südwind-Vertreterin Isabella Szukits, die als NGO-Delegierte an der CSW67 in New York teilgenommen hat.

„Frauen im Rohstoffabbau und in der IT-Verarbeitung im Globalen Süden arbeiten oft

unter prekären Arbeits- und Lebensbedingungen mit niedrigem Einkommen. Unternehmen und öffentliche Einrichtungen müssen ihrer Verantwortung nachkommen und Menschenrechte entlang der gesamten Lieferkette einhalten. Die strukturellen Benachteiligungen von Frauen und Mädchen brauchen dabei eine besondere Beachtung.“

Südwind brachte das Thema Arbeitsbedingungen und Umweltbelastung durch Rohstoffausbeutung für digitale Datenträger und -Systeme im Rahmen der Konferenz vor; es wurde jedoch nicht in die Abschlussklärung zur Konferenz aufgenommen.

Der Fokus der Abschlusserklärung liegt vielmehr auf den Chancen der Digitalisierung für Geschlechtergleichstellung, etwa in Bezug auf den Kampf gegen den Klimawandel oder den Zugang zu sauberem Wasser – nicht jedoch hinsichtlich der Problematik des Rohstoffabbaus für digitale Infrastruktur, welcher selbst negative soziale und Umweltfolgen hat. Dieses Thema blieb ein blinder Fleck in der Debatte um genderspezifische Chancen und Risiken der Digitalisierung. (CT)

Südwind (7.3.2023): [Südwind zur UN-Frauenrechtskommission: Digitalisierung bringt neue Herausforderungen für Geschlechtergerechtigkeit](#)

UN Economic and Social Council (20.3.2023): [Commission on the Status of Women: Innovation and technological change, and education in the digital age for achieving gender equality and the empowerment of all women and girls. Agreed conclusions](#)

UN WOMEN: Digitale Rechte sind Frauenrechte

In einem Kommentar griff die Direktorin der UN-Frauenrechtsorganisation, Sima Bahous, die Abschlusserklärung zur CSW67 auf und erklärte – den Blick auf Entscheidungsträger*innen und die G7 gerichtet –, warum Fortschritte in der Geschlechtergleichstellung und eine langfristige wirtschaftliche Erholung von der COVID-Krise unbedingt das Schließen des Gender-Gaps im Bereich der Digitalisierung erfordern.

Die Digitalisierung biete Mädchen* und Frauen* große Chancen in Bezug auf Wissenserwerb und neue Einkommensmöglichkeiten, aber es brauche konkrete Maßnahmen und Fördermittel, um ihnen – vor allem am Land lebenden und marginalisierten

Frauen* – den Zugang zu digitalem Wissen und digitaler Infrastruktur zu ermöglichen.

Ebenso brauche es regulatorische Maßnahmen zur Schaffung von Transparenz und zur Verhinderung von Diskriminierung und Hass im Netz. (CT)

Bahous, Sima (5.5.2023): [Op-ed: Digital rights are women's rights](#)

Digitalisierungsprozesse im ländlichen Raum

Gender-Ungleichheit bei technologischen Innovationen in ländlichen Gebieten

Mit einem zweiseitigem Briefing Paper wies der US Women's Caucus (eine NGO-Interessensvertretung bei den UN) im Vorfeld der CSW67 darauf hin, dass sich mit Blick auf die Geschlechtergleichstellung Ungleichheiten beim Zugang zu innovativen und nachhaltigen Lösungen zeigen.

Technologische Innovationen in der Landwirtschaft befassen sich häufig mit Ernährungsunsicherheit (SDG 2) und Klimawandel (SDG 13), die für Frauen* in ländlichen Gebieten von großer Bedeutung sind.

Der Zugang zu neuen Lösungen wird häufig durch die dreifache digitale Kluft eingeschränkt, mit der Frauen* in ländlichen Gebieten konfrontiert sind: Ungleichheiten in Bezug auf das Geschlecht, ländliche Herkunft und den digitalen Zugang.

Die Hindernisse für den Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind in ländlichen Gebieten aufgrund mangelnder Infrastruktur, geringerer Bildungsmöglichkeiten und fehlender Elektrizität noch größer. Bei der Internet-Nutzung bestehe ein globaler *Gender-Gap* von 26%; mit dem allergrößten *Gap* in Südasien. Nur 5% aller landwirtschaftlichen Beratungsdienstleistungen kommen Frauen* zugute.

Die Forschung zeige, dass technologische Lösungen für landwirtschaftliche Probleme oft ohne Konsultation von in der Landwirtschaft tätigen Frauen* umgesetzt werden und daher möglicherweise nicht ihren kulturellen Bedürfnissen entsprechen.

Bei Maßnahmen müsse berücksichtigt werden, dass Frauen* einen geringeren Zugang zu formaler Ausbildung und landwirtschaftlichen Beratungsprogrammen haben. Im Hinblick auf Lösungen für den Klimawandel sollten Landfrauen* als wichtige Vermittlerinnen von Informationen und Wissen konsultiert werden.

Es braucht auch Überlegungen zu den gestiegenen Kosten von Technologien und adäquate Fortbildungsmöglichkeiten, Leadership und die Förderung des Selbstvertrauens von Mädchen* und Frauen* in naturwissenschaftlich-mathematischen Fächern. (CT)

US Women's Caucus at the UN (2022): [CSW 67 Gender and Technology Brief Gender: Rurality, and Technology](#)

FIAN: Digitalisierung verschärft ungleichen Zugang zu Land

Trotz der Versprechung, die Ungleichheit bei der Landnutzung und im Land-Management zu verringern, zeigt eine FIAN-Studie, dass digitale Technologien zu neuen Werkzeugen für Landraub und Profitquellen werden und bestehende Ausgrenzungen verschärfen können. In der 2020 herausgegebenen Studie „Disruption or Déjà Vu? Digitalization, Land and Human Rights“ wird das Thema anhand von Fallstudien aus Brasilien, Indonesien, Georgien, Indien und Ruanda aufgerollt.

Einleitend wird ein kurzer Überblick über die fortschreitende landbezogene Digitalisierung, relevante Konzepte, Akteur*innen und dominante Narrative gegeben.

Aus menschenrechtlicher Sicht sei es wichtig zu beachten, dass digitale Technologien im Kontext struktureller Ungleichheiten und Diskriminierung angewandt werden. Das betrifft auch die zunehmende Kommerzialisierung und Finanzialisierung von Land und Natur. Konkret geht es dabei etwa um digitale Sammlungen von Daten und Automatisierung von Formen von Landtransaktionen, Blockchain-Technologie und andere neue Arten für die Landverwaltung.

Die Digitalisierung im Rahmen der Landverwaltung wird vorangetrieben, um Transparenz und Effizienz zu steigern, Schutz vor Betrug zu gewährleisten, Korruption vorzubeugen und so allen, auch marginalisierten Menschen auf dem Land, große Vorteile zu bringen – soweit der

Anspruch. Solche potenziellen Beiträge zur Verbesserung der Landverwaltung müssen sorgfältig gegenüber Risiken, wie einer weiteren Verschlechterung hinsichtlich bestehender ungleicher Zugangs- und Kontrollmuster zu Land und anderen natürlichen Ressourcen, abgewogen werden. Der soziale, politische und wirtschaftliche Kontext sind wichtige Faktoren, die darüber entscheiden, ob der Einsatz digitaler Methoden für arme Landbevölkerungsgruppen vorteilhaft oder schädlich ist.

Ziel dieser Forschung ist es, tiefer auf solche Prozesse einzugehen und eine vorläufige Analyse anzubieten. Schlüsselfragen waren:

- Stärkt oder untergräbt der Einsatz digitaler Technologien die Rechte von kleinen Lebensmittelproduzent*innen, lokalen Gemeinschaften und Randgruppen?
- Verringert oder vertieft er bestehende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten?
- Inwieweit tragen digital Technologien dazu bei, Land, Fischerei und Wälder in globale Vermögenswerte zu transformieren?
- Unter welchen Umständen kann Digitalisierung die Verwirklichung von Landrechten von Bauern und Indigenen unterstützen?

Die Ergebnisse zeigen unter anderem, dass die zunehmende Digitalisierung zu einer Stärkung der Rolle privater Unternehmen in der Landverwaltung führt bzw. dass sie die Verlagerung öffentlicher Aufgaben vom Staat hin zu privaten Unternehmen fördert (öffentlich-private Partnerschaften – PPP). Dabei verwischen sich die Grenzen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren, was zu ernsthaften Problemen führt und Bedenken hinsichtlich Rechenschaftspflicht und Souveränität aufwirft.

Gender-Aspekte werden in der Studie zwar nicht gesondert herausgearbeitet, lassen sich aber unter den erwähnten marginalisierten Gruppen, einschließlich Indigenen als besonders betroffene Gruppe, gut herauslesen.

Landbezogene Digitalisierungsprozesse sind bereits im Gange und haben konkrete Auswirkungen auf die Landverwaltung und die Rechte von Menschen.

Die Analyse in den ausgewählten Ländern zeigt auf, wie diese Vorgänge Diskriminierung fördern und die Marginalisierung von Landbevölkerung verschärft.

Sie verweist auch auf mögliche längerfristige Auswirkungen, die etwa zu einer Verfestigung von Pachtmodellen, die auf exklusivem Privateigentum und Grundstücksmärkten basieren und auf Kosten von anderen, insbesondere kollektiven und üblichen gemeinschaftlich genutzten Landflächen und einer gerechten Verteilung von Land gehen.

Basierend auf den Analysen schließt das Dokument mit einer Reihe von Empfehlungen, wie sichergestellt werden kann, dass die Digitalisierung im Landkontext die Verwirklichung von Menschenrechten unterstützt.

Empfehlungen, die im Dokument im Detail ausgeführt werden, sind die Sicherstellung, dass landbezogene Digitalisierungsprozesse menschenrechtsbasiert verankert sind, Durchführung von Rechtsfolgen-Abschätzungen sowie eine Sicherstellung, dass Richtlinien zur Entwicklung und Nutzung digitaler Technologien auf den Menschenrechten basieren (im Einklang mit der Roadmap für digitale Zusammenarbeit der UN).

Die AutorInnen hoffen, damit einen Beitrag zur Unterstützung von Rechten und Bestrebungen von Menschen und Gemeinschaften des ländlichen Raums zu leisten.

Darüber hinaus soll die Studie auch Grundlage zur Diskussion über Digitalisierung im Kontext von Land sowohl von Behörden und Entwicklungsagenturen, vor allem aber auch innerhalb von bäuerlichen Organisationen, Bewegungen indigener Völker und anderer Landbevölkerung (Frauen*), sein. (GEJ)

FIAN (27.1.2021): [Digital technologies cut off access to land](#)

FIAN (2020): [Disruption or Déjà Vu? Digitalization, Land and Human Right. Case Studies from Brazil, Indonesia, Georgia, India and Rwanda](#)

Gender-Ungleichheit in der Gig-Ökonomie

Frauen* in der Gig-Ökonomie in Kenia und Südafrika

Ein Report des britischen Overseas Development Institute (ODI) stellt die Auswirkungen auf Frauen* der noch recht unerforschten Gig-Ökonomie aus Genderperspektive in Kenia und Südafrika vor. „Gig“ steht im Englischen umgangssprachlich für einen Job, den man für eine bestimmte (kurze) Zeit hat.

In der Gig-Ökonomie werden Online-Plattformen genutzt, um Kund*innen mit Dienstleister*innen zu verbinden. Diese Dienstleister*innen sind meist Freiberufler*innen und werden für ihre Dienste zum Beispiel als Reinigungskraft oder Essenslieferung gebucht.

Kenia und Südafrika erleben einen starken Trend von Frauen* in der Gig-Ökonomie. Grund dafür sind gut ausgebaute technologische Bedingungen sowie bestimmte Arbeitsmarktbedingungen.

Die Studie zeigt auf, dass freiberufliche Frauen* in der Gig-Ökonomie mit finanzieller Prekarität konfrontiert sind und für eine gesicherte Existenz mehreren Beschäftigungen auf diversen Plattformen, meist im informellen Sektor, nachgehen müssen.

Während Frauen* die freie Zeiteinteilung und Flexibilität als positive Bedingungen beschreiben, sehen sie die größten Probleme hinsichtlich ihrer Sicherheit, Kriminalität, Infrastruktur sowie in der unbezahlten Care-Arbeit, die während der bezahlten Gig-Arbeit stattfindet.

Die Studie macht Empfehlungen, wie die Gig-Ökonomie gendergerechter werden kann. Die Gig-Ökonomie wird in den kommenden Jahren eine weitere Verbreitung speziell im Globalen Süden finden, weshalb diese Studie wichtige Anstöße zur Auseinandersetzung aus Genderperspektive bietet. (JG)

ODI (2019): [Women in the gig economy. Paid work, care and flexibility in Kenya and South Africa](#)

„Gender-Ungleichheit – jetzt digital erhältlich!“

In einem im *European Labour Law Journal* veröffentlichten Beitrag setzt sich Neha Vyas mit Gender-Ungleichheit in der Gig-Ökonomie (digitalen Plattformen) in der EU auseinander. Dabei nimmt sie Bezug auf eine 2019 beschlossene EU-Direktive für transparente und vorhersagbare Arbeitsbedingungen in Europa, durch die Missstände speziell in der „Gig-Ökonomie“ bekämpft werden sollen.

In der sogenannten „Gig-Wirtschaft“ sind Frauen* noch stärker benachteiligt als in anderen Arbeitsverhältnissen. Flexibilität wird propagiert und geboten, jedoch zulasten der Beschäftigten, die ins Prekariat gedrängt werden.

Da Frauen* oft familiäre Verpflichtungen haben, arbeiten sie häufiger als Männer* nur in Teilzeit. Teilzeitarbeit wird daher öfter auf Frauen* abgestimmt und schlechter bezahlt. Das muss geändert werden; es braucht einen Übergang von Teilzeit hin zu voller Arbeitszeit für Frauen*.

Die Anstellungsmöglichkeiten in digitalen Plattformen sind gestiegen. Andere Jobs sind allerdings weggefallen, was z.B. intensive Maschinenarbeit betrifft (in der Warenerzeugung um 20%), aber im Dienstleistungssektor sind die Jobs in den letzten zwei Jahrzehnten um 27% gestiegen. Aber um der Realität von Arbeitsverhältnissen, die über digitale Plattformen vermittelt werden, Rechnung zu tragen, müssen auch die Arbeitsgesetze in jedem Land modifiziert werden.

Technische Vorteile und Veränderungen in der gesetzlichen und wirtschaftlichen Organisation bieten oft neue Chancen und Herausforderungen, da die Plattformwirtschaft ein Bestandteil des heutigen Arbeitsmarkts ist.

So können auch Frauen* zu Arbeitsplätzen gelangen, ohne dass dadurch das Modell vom männlichen „Brotverdiener“ und der weiblichen „Betreuerin“ in Frage gestellt würde. Aber in der Realität sind diese Anstellungen atypisch und instabil. Es ist dringend notwendig, die Gesetzgebung anzupassen, besonders betreffend Arbeitsschutz und Sozialgesetzen, so die Autorin.

In der 2019 beschlossenen EU-Direktive zu transparenten und vorhersehbaren Arbeitsbedingungen sind Mindestrechte

vorgesehen, die ein Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Sicherheit in der digitalen Wirtschaft schaffen sollen. Dennoch stehen Frauen* vor mehrfacher Benachteiligung aufgrund von Intersektionalität (dem Ineinandergreifen von Diskriminierungen etwa aufgrund von Geschlecht und Hautfarbe) sowie aufgrund der Instabilität ihrer Arbeit.

In Bezug auf die gewünschte Flexibilität, die auf Seiten der Arbeitenden jedoch mit Verletzlichkeit und Unsicherheit verbunden ist, gelte es, die Regelungen der EU-Direktive zu Work-Life-Balance zu berücksichtigen.

Die mittlerweile für alle EU-Staaten verbindliche EU-Direktive „Transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen“ zielt darauf ab, die Lage von Plattform-Beschäftigten zu verbessern. Der Arbeitsmarkt verlangt zwar flexible Arbeitsverträge, sie müssen aber ein Minimum an Schutz aufweisen – ein Meilenstein für die Beschäftigten in digitalen Plattformen in der EU.

Die Gig-Wirtschaft ermöglicht mehr Menschen, am Arbeitsmarkt teilzunehmen, was sich einem Sinken der Arbeitslosenrate niederschlagen kann. Es ist für Frauen* – die bisher aus unterschiedlichen Gründen nicht am Arbeitsmarkt teilhatten – günstig, wenn sie so (neu) Beschäftigung finden, aber es ist für sie nicht von Vorteil, von anderen Jobs in die Gig-Wirtschaft wechseln zu müssen. Es darf die prekäre Art der Arbeitsverhältnisse nicht übersehen werden.

Wenn über Arbeitspolitikmaßnahmen entschieden wird, ist es wichtig, das Verhältnis von typischen und atypischen Anstellungen insgesamt zu berücksichtigen. Die Arbeitslosenquote gibt nicht darüber Aufschluss, ob geschlechtsspezifische Benachteiligungen bestehen. Der Blick auf die Senkung der Arbeitslosigkeit allein genügt nicht, weil dadurch noch nichts über die Lebensqualität der Arbeiterinnen festgestellt wird.

In Deutschland ist etwa sei die Arbeitslosigkeit mit durchschnittlich 3,1% niedrig, aber der „gender pay gap“ mit 21% sehr hoch. Mit einer zunehmenden Zahl von Beschäftigten in der Gig-Wirtschaft steigen atypische Arbeitsplätze. In der Gig-Wirtschaft sollte den Beschäftigten nicht nur ein Mindestschutz gewährt werden, sondern es sollte auch ein Übergang von atypischer zu regulärer Beschäftigung vollzogen werden.

Selbst der Wechsel von traditionellen Plattformen zu online-Plattformen verhindert weder Prekarität noch die tief verwurzelten Gender-Vorurteile gegen weibliche Angestellte, die sich der Gehaltsdiskriminierung niederschlagen.

Es gibt auch weitere Herausforderungen wie fehlende Transparenz bei Algorithmen. Die Schnittstelle zwischen der Allgemeinen Datenschutzverordnung und ihrer Anwendung zum Schutz der Plattform-Angestellten ist in einem kürzlich von der Europäischen Kommission herausgegebenem Bericht erklärt worden. Demnach könnten sowohl gesetzliche als auch technische Herangehensweisen zur Verhinderung algorithmischer Diskriminierung zu Erfolg führen.

Gender-Ungleichheit im traditionellen Arbeitsmarkt ist immer noch ein Hornissen-Nest. Statt bei der Plattform-Arbeit auf die Veränderung der neuen Herausforderungen in Bezug auf Gender-Ungleichheit auf das nächste Jahrhundert zu warten, sollten rasch Maßnahmen gegen die Verschlechterungen für Frauen* bei dieser neuen Art von Anstellung getroffen werden. Die Gig-Wirtschaft kann sich als vorteilhaft oder unvorteilhaft für Frauen* im EU-Arbeitsmarkt herausstellen, abhängig von den notwendigen politischen Entscheidungen, die die verantwortlichen Politiker*innen treffen. (IH)

Vyas, Neha (2021): [‘Gender inequality- now available on digital platform’: an interplay between gender equality and the gig economy in the European Union](#). In: European Labour Law Journal, 12(1), 37-51

EUR-Lex (2019): [Directive \(EU\) 2019/1152 of the European Parliament and of the Council of 20 June 2019 on transparent and predictable working conditions in the European Union](#)

WIDE+: Algorithmen im Recruiting fair gestalten

Unternehmen setzen zunehmend automatisierte Systeme ein, um Auswahlprozesse in Bewerbungsverfahren zu vereinfachen. Fallstudien zeigen, dass der Einsatz automatischer, von Algorithmen gestützten Systemen zu einer Diskriminierung von Randgruppen und Frauen* führt, vor allem von Menschen, die sich mit Diskriminierung konfrontiert sehen. Das bedeutet, dass sie im Vergleich zu anderen weniger Chancen haben, einen angemessenen Arbeitsplatz zu bekommen.

Das europäische WIDE+-Netzwerk ist Partnerin in einem dreijährigen Forschungsprojekt, dessen Ziel es ist, Methoden und Algorithmen für einen intersektionellen Antidiskriminierungsansatz entwickeln.

In diesem Projekt wird an Instrumenten gearbeitet, um Ungerechtigkeiten in Online-Bewerbungsverfahren zu erkennen und zu vermeiden. Dazu werden Lebensläufe benötigt, um zu testen, wie sich solche Ungerechtigkeiten in die Algorithmen zur Stellenauswahl einschleichen. Auf der Grundlage von realen Lebensläufen werden im Rahmen des Projekts künstliche Lebensläufe erstellt, die zur Entwicklung von Methoden gegen Diskriminierung verwendet werden sollen. Auch Du kannst Deinen – anonymisierten – Lebenslauf „spenden“, bitte hier [klicken!](#)

Mit Hilfe eines kontextsensitiven, interdisziplinären Ansatzes werden im Rahmen des Projekts „Fairness and Intersectional Non-Discrimination in Human Recommendation“ (FINDHR) neue Technologien zur Messung von Diskriminierungsrisiken, zur Erstellung von fairnessbewussten Rankings und Interventionen sowie zur Bereitstellung von Interpretationsmöglichkeiten für mehrere Interessengruppen entwickeln. Außerdem wird es neue technische Anleitungen für die Durchführung von Folgenabschätzungen und algorithmischen Prüfungen, ein Protokoll für die Überwachung der Gleichstellung und einen Leitfaden für die Entwicklung fairnessorientierter KI-Software erstellen. Das Projekt wird auch spezielle Schulungen für Entwickler- und Prüfer*innen von KI-Systemen konzipieren und durchführen.

Der Einsatz von Algorithmen ist auf dem Vormarsch. Die Technologien der künstlichen Intelligenz versprechen, Hunderte oder Tausende von Bewerbungen in hoher Geschwindigkeit zu bearbeiten. Die europäischen Tools umfassen Werkzeuge, die Kandidat*innen auf der Grundlage ihres Lebenslaufs und ihrer Bewerbungsunterlagen sofort auswählen und einstufen oder Kandidat*innen mithilfe von Online-Tests oder Spielen einschätzen.

In fast allen Anwendungsbereichen der künstlichen Intelligenz (KI) sind diskriminierende Vorurteile dokumentiert worden. Es wird zunehmend anerkannt, dass

algorithmische Einstellungssysteme dies ebenfalls tun und bereits bestehende diskriminierende Eintrittsbarrieren in den Arbeitsmarkt verstärken. Das FINDHR-Projekt soll praktische, integrierte Lösungen zur Bewältigung dieses Problems schaffen.

FINDHR zielt darauf ab, über die derzeitigen allgemeinen Leitfäden zur Bekämpfung von Diskriminierung in Algorithmen hinauszugehen. Es soll ein konkreter Ansatz für alle Beteiligten entwickelt werden, um eine faire Online-Rekrutierung zu gewährleisten, damit tatsächlich die besten Kandidat*innen für eine freie Stelle gefunden werden und ausdrücklich gegen Vorurteile vorgegangen wird. Das Projekt wird durch die interdisziplinären Forschungsmethoden wegweisend sein, wobei WIDE+ eine partizipative Aktionsforschung mit marginalisierten und diskriminierten Gruppen durchführen wird. Alle Ergebnisse werden als Open-Access-Publikationen, Open-Source-Software, offene Datensätze und offene Kursunterlagen veröffentlicht.

Dieses Projekt wird durch das Horizon Europe Programm der Europäischen Union unterstützt. (GM)

Mehr Infos zum Projekt und zu den Konsortialpartner*innen:

WIDE+ (o.J.): [WIDE+ participation in Horizon Project "FINDHR" to prevent, detect, and mitigate intersectional gendered discrimination in Algorithmic hiring](#)

MyScience (12.12.2022): [The FINDHR project for the responsible use of artificial intelligence technologies is underway](#)

OSZE-Report: Sexuelle Ausbeutung über Online-Plattformen

Wie in einem aktuellen Report der OSZE (2023) gezeigt wird, werden Online-Plattformen und digitale Technologien für die sexuelle Ausbeutung und Menschenhandelskriminalität genutzt. Menschenhändler*innen werben auf einer Vielzahl von Online-Plattformen.

Am häufigsten werden Websites genutzt, die sexuelle Dienstleistungen, Begleit- und Massagedienste anbieten; weiters agieren sie auf Plattformen für Kleinanzeigen, über Werbeschaltungen, Hobbybörsen oder „Sugar-Daddy“-Seiten.

Über Online-Plattformen kann eine große Zahl an Menschen – sowohl potenzielle Opfer als

auch Kund*innen – erreicht werden. Dementsprechend kann die Zahl von Käufer*innen sexueller Dienstleistungen sehr groß werden, was zu höheren (illegalen) Einnahmen führt.

Der Report bezieht sich auf die Situation in verschiedenen Ländern Europas und Zentralasiens.

Es werden mehrere Politikempfehlungen formuliert; so die aktivere Überwachung von Webseiten, bei denen der Verdacht auf sexuelle Ausbeutung und Menschenhandel besteht. Es werden auch konkrete Beispiele dafür gegeben, wann die Warnlichter blinken sollten und der Verdacht auf illegale sexuelle Ausbeutung von Menschen oder sexuelle Gewalt gegen Kinder nahe liegt.

Es liege an der Politik, die geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und Kooperationen zwischen verschiedenen Institutionen zu fördern. Die Betreiber*innen von Online-Plattformen sollten verstärkt rechtlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie sich nicht ausreichend darum kümmern, was auf ihren Plattformen publiziert wird. (CT)

OSCE - Office of the Special Representative and Co-ordinator for Combating Trafficking in Human Beings (2023): [Mapping the online landscape of risks of trafficking in human beings on sexual services websites across the OSCE region](#)

Konferenz

IAFFE: Zwischen digitaler Revolution und Krise der Demokratie

Der internationale Verband für feministische Ökonomie (International Association For Feminist Economics – IAFFE) wird sich auf seiner nächsten Jahreskonferenz Anfang Juli 2024 in Italien mit dem Thema Digitalisierung im Kontext einer Krise der Demokratie auseinandersetzen. Derzeit können Papers und Vorschläge für Panels eingereicht werden. WIDE+ hat zwei Concept Notes eingereicht. (CT)

Infos zur Konferenz:

IAFFE (o.J.): [32nd IAFFE Annual Conference, in Rome, Italy, 3–5 July 2024: CAUGHT BETWEEN THE DIGITAL REVOLUTION AND A CRISIS OF DEMOCRACY. Feminist Economics Responses and Imaginations for the Future](#)

Glossar / Abkürzungen

- AI** – Artificial Intelligence / Künstliche Intelligenz (siehe KI)
- Algorithmus** – Folge von Anweisungen (Programmierung), mit denen computergestützt definierte Probleme gelöst werden
- Blockchain-Technologie** – Dezentrale digitale Aufzeichnung von Transaktionen, die über ein Netzwerk geteilt wird und unveränderbar ist; wird für Kryptogeld verwendet
- CSW** – (UN) Commission on the Status of Women / UN-Frauenstatuskommission (zur Frauenrechtskonvention)
- Digital Gap** – Ungleichheit beim Zugang zur digitalen Welt
- Digital Gender Divide** – Geschlechtsspezifische Ungleichheit beim Zugang zur digitalen Welt
- E-Commerce** – Internet-Handel
- Finanzialisierung** – zunehmende Einbindung eines Wirtschaftsbereichs in die Finanzmärkte; Dominanz des Finanzsektors
- GBV** – Gender-based violence – geschlechtsspezifische Gewalt
- Gender Pay Gap** – Genderspezifische Ungleichheit (bzw. „Lücke“) in den Löhnen und Gehältern
- Gig Economy** – Wirtschaftsbereich bzw. Arbeitsmarkt, in dem kleine Aufträge kurzfristig an unabhängige Selbständige, Freiberufler*innen oder geringfügig Beschäftigte vergeben werden
- Grüne Transition** – Übergang hin zu nachhaltiger Nutzung von Energie
- ICT / IKT** – Informations- und Kommunikationstechnologien
- Intersektionalität** – Überschneidung bzw. Gleichzeitigkeit verschiedener Formen von sozialer Diskriminierung
- KI** – Künstliche Intelligenz; Teilgebiet der Informatik, bei dem menschliche kognitive Fähigkeiten imitiert werden, indem KI Informationen aus Eingabedaten erkennt und sortiert. KI kann auf programmierten Abläufen basieren oder durch maschinelles Lernen erzeugt werden, wobei für Letzteres große Datenmengen zur Verfügung stehen müssen.
- OGBV** – Online Gender-based violence – geschlechtsspezifische Gewalt im Internet
- ILO** – Internationale Labour Organization / Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen
- Recruiting** – Anwerben von Arbeitskräften; Auswahl von Job-Bewerber*innen
- SDGs** – Sustainable Development Goals / UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (2021-2030)
- UNIDO** – United Nations Industrial Development Organization / UN-Organisation für industrielle Entwicklung
- UN WOMEN** – Organisation der Vereinten Nationen für Frauenrechte

Gendergerechte Schreibweise

WIDE strebt an, eine gendergerechte, inklusive Sprache zu verwenden.

*Im WIDE-Update wird der Asterisk * folgendermaßen verwendet:*

*a) für einen gender-inklusiven Plural, der alle Geschlechter umfasst (z.B. „Freund*innen“), und*

b) wenn trotz der Bezugnahme auf ein Geschlecht (im Singular oder Plural) Geschlechtervielfalt inkludiert oder hervorgehoben werden soll (Frau/Mann*; Frauen*/Männer*; Freundinnen*/Freunde*).*

Wird hingegen auf binäre Geschlechterrollen und -Normen (Mann/Frau) Bezug genommen, oder bei Verweisen auf Texte (etwa Rechtstexte), die auf einer binären Geschlechterkonstruktion basieren, wird in der Regel kein Asterisk verwendet.

Gefördert durch die

 **Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit**

Impressum

WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

Margaretenstr. 166/2.Stock/218-221, 1050 Wien , Tel: (+43-1) 317 40 31

office@wide-netzwerk.at www.wide-netzwerk.at ZVR-Zahl: 626905553

Redaktion: Claudia Thallmayer (CT)

Mitarbeit: Gertrude Eigelsreiter-Jashari (GEJ), Julia Günther (JG), Ilse Hanak (IH), Brigitte Holzner (BH), Aleksandra Kolodziejczyk (AK), Gea Meijers (GM)

© WIDE Free use under Creative Commons (cc BY-NC-SA 4.0)

WIDE-Update 2/2023, Frauen*rechte im digitalen Zeitalter, Dezember 2023

Bestellung und Abbestellung des WIDE-Updates unter: office@wide-netzwerk.at.

Datenschutzerklärung: <https://wide-netzwerk.at/datenschutzhinweise/>
